



PRESSEMITTEILUNG

Berliner Bauwirtschaft lehnt branchenübergreifende Ausbildungsplatzumlage ab

Berlin, 07.10.2025. Am kommenden Donnerstag soll im Berliner Abgeordnetenhaus die erste Lesung zur Einführung einer sogenannten Ausbildungsplatzumlage stattfinden. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin spricht sich klar gegen die Einführung einer branchenübergreifenden Ausbildungsplatzumlage aus. Die Bauwirtschaft verfügt bereits über ein funktionierendes Umlagesystem – auf tariflicher Grundlage. Dieses Modell basiert auf dem Tarifvertrag über das Sozialkassenverfahren (VTV) und ermöglicht eine faire Verteilung der Ausbildungskosten innerhalb der Branche.

„Unsere tarifliche Umlage ist kein bürokratisches Zwangsinstrument, sondern ein flexibles, von den Tarifparteien ausgehandeltes Modell“, erklärt Katarzyna M. Urbanczyk-Siwiek, Geschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau Berlin. „Sie hilft, die hohen Ausbildungskosten im Baugewerbe zu schultern – aber sie schafft keine zusätzlichen Ausbildungsplätze.“

Die Entscheidung, ob ein Betrieb ausbildet, hängt nicht von finanziellen Anreizen oder Belastungen ab, sondern von Faktoren wie Auftragslage, Fachkräftebedarf und personeller Kapazität im Unternehmen. Trotz bestehender Umlage gelingt es vielen Baubetrieben nicht, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen – nicht aus Mangel an Engagement der Wirtschaft, sondern aufgrund struktureller Probleme im Bildungssystem.

„Wir stehen bereit, auszubilden. Aber wir können die Versäumnisse der Bildungspolitik nicht kompensieren“, betont Urbanczyk-Siwiek.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Ansprechperson:
Anja Engelmohr | Referatsleiterin Politik
Tel.: 030 / 86 00 04-57
E-Mail: engelmohr@fg-bau.de